



# Österreichischer Städtebund

Rathaus  
1082 Wien

Telefon 40 00

Telefax international 0043-1-4000-7135

Telefax national 0222-4000-99-89980

Entwurf eines Bundesgesetzes gegen  
pornographische Kinder- und Gewalt-  
darstellungen und zum Schutz der  
Jugend vor Pornographie  
(Pornographiegesetz)

Wien, 15. Juli 1993

Bucek/Bu

Klappe 89 994

A:Parla.Txt

460/586/93

An die  
Parlamentsdirektion

Parlament  
1017 Wien

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. ....	47-GE/19.93
Datum:	3. AUG. 1993
Verteilt	06. Aug. 1993

*A. Baur*

Unter Bezugnahme auf den mit Note vom 28. Mai 1993,  
Zahl 701.011/1-II 2/93, vom Bundesministerium für Justiz  
übermittelten Entwurf beehrt sich der Österreichische  
Städtebund, anbei 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu  
übersenden.

Beilagen

(Dr. Friedrich Slovak)  
Senatsrat

1



# Österreichischer Städtebund

Rathaus  
1082 Wien  
Telefon 40 00

Telefax international 0043-1-4000-7135  
Telefax national 0222-4000-99-89980

Entwurf eines Bundesgesetzes gegen  
pornographische Kinder- und Gewalt-  
darstellungen und zum Schutz der  
Jugend vor Pornographie  
(Pornographieggesetz)

Wien, 30. Juli 1993  
Bucek/Bu  
Kl. 89 994  
460/586/93

An das  
Bundesministerium für Justiz

Museumstraße 7  
1070 Wien

Zu dem mit Note vom 28. Mai 1993, Zahl 701.011/1-II 2/93,  
übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes gegen porno-  
graphische Kinder- und Gewaltdarstellungen und zum Schutz der  
Jugend vor Pornographie beehrt sich der Österreichische  
Städtebund folgende Anregungen vorzubringen:

## Zu § 1 Z. 4:

Diese Gesetzesstelle sollte ersatzlos gestrichen werden, da  
eine Regelung in bezug auf Angelegenheiten der "Tierquälerei"  
im Pornographieggesetz fehl am Platze scheint. Schutzwürdiges  
Rechtsgut im Pornographieggesetz ist der Mensch bzw. das Kind,  
nicht aber das Tier. Es erscheint daher, so wie dies auch in  
den Erläuterungen zum vorliegenden Entwurf zur Diskussion  
gestellt wurde, der Schutz von Tieren auf dieser Basis  
überzogen und deplaziert.

## Zu § 1 Z. 5:

Zu der sehr allgemein gehaltenen, aus einer Vielzahl unbe-  
stimmter Begriffe bestehenden Definition möge hinzugeführt  
werden: "Maßstab ist, was für den sozialintegrierten Durch-  
schnittsmenschen unerträglich ist".

**Zu § 2:**

Auch in dieser Gesetzesstelle - wie bereits zu § 1 Z. 4 leg.cit. ausgeführt - dürfte der strafrechtliche "Darstellerschutz" im Zusammenhang mit dem Schutz von Tieren überzogen sein. Maßnahmen zum Schutz von Tieren gegen Tierquälerei haben vielmehr in jenen Gesetzen Platz zu greifen, welche den Tierschutz zum Ziel haben, nicht aber im Pornographiegesetz, welches als Normadressat den schutzwürdigen Menschen bzw. das zu schützende Kind ansieht.

**Zu § 4 Z. 1:**

Hier solle der zweite Halbsatz "sofern nicht nach der Person des Unmündigen eine Gefährdung ausgeschlossen ist" gestrichen werden, weil dieses Tatbestandselement im Zeitpunkt der Begehung der Tat sicherlich nicht feststellbar ist.

**Zu § 5:**

Den Erläuternden Bemerkungen ist zu entnehmen, daß mit der Beratung des (der) Beschuldigten für die städtische Familien- und Jugendberatungsinstitut zusätzliche personelle Erfordernisse verbunden sein können. Die Begutachtung der Angezeigten soll durch einen mit Fragen der Sexualtherapie vertrauten Arzt, Psychologen oder Psychotherapeuten geschehen.

Dies bedeutet, daß die Institute für Familien- und Jugendberatung nunmehr zu einer solchen Beratung von den Gerichten herangezogen werden könnten. Sollte dieser Fall eintreten, hätte dies bei derartigen Instituten einen vermehrten Arbeits- und Personalaufwand zur Folge, denn diese Beratungstätigkeit bedarf einer intensiven Begleitung des Beschuldigten.

Ein Abgeltung der den Statutarstädten in diesem Zusammenhang erwachsenden Kosten durch den Bund im Wege des Finanzausgleiches muß daher erfolgen.

**Zu § 5 Abs. 3:**

Es sollte der letzte Satz: "Der Einholung einer Stellungnahme bedarf es nicht, wenn eine solche Abweichung von vornherein nicht anzunehmen ist", wegen wahrscheinlicher Vollzugsschwierigkeiten gestrichen werden.

**Zu den §§ 5 und 7:**

Das Jugendgerichtsgesetz wird in allen Bereichen dem besonderen Schutz von Jugendlichen im Strafverfahren gerecht. Dies bedeutet, daß es im Pornographiegesetz einer weiteren Festschreibung von Bestimmungen bei Jugendstraftaten nicht bedarf. Lediglich die §§ 5 (vorläufige Zurücklegung der Anzeige durch die Staatsanwaltschaft) und 7 (vorläufige Einstellung durch das Gericht) könnten eine zusätzliche Normierung für Straftaten vorsehen. Es wird daher angeregt, dem § 5 einen Absatz des Inhaltes hinzuzufügen, daß die Beratung oder Behandlung im Rahmen der sozialen Dienste gemäß § 11 und § 12 JWG für den Jugendlichen neben dem Angebot gemäß § 5 Abs. 6 in Betracht kommen kann. Damit besteht die Möglichkeit, den Bedürfnissen des jugendlichen Täters hinsichtlich Beratung und Behandlung umfassender gerecht zu werden.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden gleichzeitig der Parlamentsdirektion übermittelt.

Mit vorzüglicher Hochachtung



(Dr. Friedrich Slovak)  
Senatsrat